

Moritz Fischer

# **DIE REPUBLIKANER**



Die Geschichte einer  
rechtsextremen Partei

1983-1994

WALLSTEIN

Moritz Fischer  
Die Republikaner



**Moritz Fischer**

# **Die Republikaner**

**Die Geschichte  
einer rechtsextremen Partei  
1983 – 1994**

Wallstein Verlag

Erstellung und Druck dieser Studie wurden vom Institut für Zeitgeschichte München–Berlin gefördert und finanziert.



Das Buch wurde gedruckt mit freundlicher Unterstützung der RWTH Aachen.



**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2024

[www.wallstein-verlag.de](http://www.wallstein-verlag.de)

Vom Verlag gesetzt aus der Minion und der Myriad

Umschlaggestaltung: Eva Mutter, Barcelona

Umschlagbild: © Ehimetalor Akhere Unuabona, Unsplash

Lithografie: Wallstein Verlag

ISBN (Print) 978-3-8353-5778-5

ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-8763-8

# Inhalt

<b>Einleitung: Kein Ende der Geschichte</b> . . . . .	<b>11</b>
Thema und Forschungsstand . . . . .	11
Untersuchungsfelder, Fragestellungen und Quellen . . . . .	21
Die schwierige Suche nach Begriffen . . . . .	26
<b>1 Vorgeschichte: Konservatismus und Rechtsextremismus im Umbruch</b> . . . . .	<b>34</b>
<b>1.1 Franz Handlos, die verpasste »Wende« und die Sehnsucht nach der »Vierten Partei«</b> . . . . .	<b>38</b>
1.1.1 Vom Journalisten zum Parteisolddaten der CSU . . . . .	38
1.1.2 Bundestagswahl 1972: Franz Handlos zwischen Deggendorf und Bonn . . . . .	43
1.1.3 Zunehmende Entfremdung: Franz Handlos und »Kreuth« . . . . .	58
1.1.4 Der Austritt: Handlos, die »Tendenzwende« und der »Milliardenkredit« . . . . .	67
<b>1.2 Franz Schönhuber: Vom Journalisten zum rechten Politiker</b> . . . . .	<b>89</b>
1.2.1 Der Aufsteiger. Franz Schönhuber 1923-1972 . . . . .	89
1.2.2 Zwischen mehr Demokratie wagen und Liberalen-Schelke: Das Fernsehgesicht Bayerns . . . . .	108
1.2.3 Geschichte als Argument: »Ich war dabei« . . . . .	114
1.2.4 Ein Sturm zieht auf: Mutiger Vergangenheitsbewältiger oder faschistischer Apologet? . . . . .	122
1.2.5 Für oder gegen Schönhuber? Polarisierung und Solidarisierung im Schatten der Entlassung 1982 . . . . .	137
1.2.6 Netzwerke: Alte und neue »Freunde in der Not« . . . . .	155
<b>1.3 Eine neue Partei formiert sich</b> . . . . .	<b>178</b>
1.3.1 Bataillone sammeln: Handlos und Schönhuber auf der Suche nach Verbündeten . . . . .	178
1.3.2 Das Grundgerüst der Republikaner: Nationalismus und Antiliberalismus . . . . .	187
<b>2 Die Frühphase der Republikaner, 1983-1985</b> . . . . .	<b>191</b>
<b>2.1 Die Populisten. Die Gründungsphase der »Republikaner«</b> . . . . .	<b>191</b>

## INHALT

2.1.1	Partei Gründung 1983 . . . . .	191
2.1.2	»Des ignorieren ma net amoi!« Reaktionen, Einordnungsversuche, Strategiedebatten . . . . .	201
2.1.3	Schiefe Ebene in den rechten Abgrund. Parteiaufbau, Mitglieder und die Entdeckung der »Ausländerpolitik« . . . . .	207
<b>2.2</b>	<b>Wende nach rechts: Die Wahl Schönhubers zum Parteivorsitzenden 1985 . . . . .</b>	<b>230</b>
2.2.1	Konservativ oder rechts? . . . . .	230
2.2.2	Radikalisierung und Personalisierung: Das Siegburger Manifest und die Entstehung der »Schönhuber-Partei« . . . . .	235
<b>3</b>	<b>Aufstieg und Krise der Republikaner unter bayerischen Vorzeichen, 1986-1988 . . . . .</b>	<b>242</b>
<b>3.1</b>	<b>Ein alarmierendes Wahlergebnis: Die bayerische Landtagswahl 1986 . . . . .</b>	<b>242</b>
3.1.1	Bayern und die »Republikaner« . . . . .	242
3.1.2	Mit Bundespolitik in den Landtag? Asyl, Atomkraft, Agrarpolitik . . . . .	247
3.1.3	Ergebnis und Folgen: Eine »demokratisch legitimierte Gruppierung von politischer Relevanz?« . . . . .	257
<b>3.2</b>	<b>Zwischen Resignation und Hoffnung: Die Republikaner zwischen 1986 und 1989 . . . . .</b>	<b>268</b>
3.2.1	Eine rechte Sammlungsbewegung? Das Bremerhavener Programm und die Zersplitterung der politischen Rechten . . . . .	268
3.2.2	Auf tönernen Füßen. Schwache Landesverbände, Wahlniederlagen, unzufriedene Funktionäre und mediale Skandale . . . . .	286
3.2.3	»Strauß geht, Schönhuber kommt«. Franz Schönhuber nach dem Tod des bayerischen Ministerpräsidenten . . . . .	300
<b>4</b>	<b>Der Höhepunkt einer Protestpartei: Wahlerfolge 1989 . .</b>	<b>304</b>
<b>4.1</b>	<b>Erfolg aus dem Nichts. Der Einzug der Republikaner in das Abgeordnetenhaus von Berlin . . . . .</b>	<b>304</b>
4.1.1	West-Berlin unter Druck: Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und die schwelende »Ausländerfrage« . . . . .	306
4.1.2	Der Wahlkampf: Zwischen Langeweile und rassistischer Hetze . . . . .	309
4.1.3	29. Januar 1989: Wahlergebnisse, Wähler und Deutungsmuster . . . . .	317

4.1.4	»Regiert Schönhuber die Republik?« Alarmismus und Anti-Republikaner-Politik im Vorfeld der Europawahl . . . . .	322
4.2	<b>»Ja zu Europa – nein zu dieser EG«.</b> <b>Der Einzug ins Europaparlament . . . . .</b>	337
4.2.1	»Solange« wird Politik. Die Republikaner und die europäische Einigung . . . . .	337
4.2.2	Frühzeitiger Abschied von der alten Bundesrepublik: Wahlverhalten und Wähler der Republikaner . . . . .	344
4.2.3	Kooperation und Konkurrenz. Rechtsparteien im Europaparlament . . . . .	349
4.3	<b>Modernisierungsverlierer? Die Republikaner zwischen Wissenschaft und Politik . . . . .</b>	359
4.3.1	Die Konstruktion des Republikaner-Wählers . . . . .	359
4.3.2	»Jede neue Wohnung ist eine Stimme weniger für die Republikaner.« Politische Reaktionen auf die Republikaner zwischen Partei- und Sozialpolitik . . . . .	373
5	<b>Die Republikaner im Schatten der Wiedervereinigung. Krisenjahre 1990/91 . . . . .</b>	383
5.1	<b>Keine Partei des Ostens. Die Republikaner in der DDR und den neuen Bundesländern . . . . .</b>	383
5.2	<b>Wie weit nach rechts? Schönhuber gegen Neubauer . . . . .</b>	391
5.2.1	»Intellektualisierung«? Professionalisierungs- und Deradikalisierungsversuche . . . . .	391
5.2.2	Rechtsextreme am Scheideweg. Machtkämpfe und die Gründung der Deutschen Liga für Volk und Heimat . . . . .	407
5.3	<b>Wahlniederlagen in Bund und Ländern – Wahlerfolge in den Kommunen . . . . .</b>	415
5.3.1	In Stadt und Land präsent: Kommunale Erfolge . . . . .	415
5.3.2	Auf verlorenem Posten: Die bayerische Landtagswahl und die Bundestagswahl 1990 . . . . .	420
6	<b>Vom retardierenden Moment in die Katastrophe: Die Republikaner 1992-1994 . . . . .</b>	431



## INHALT

<b>6.1</b>	<b>Die Anti-Asyl-Partei. Die Republikaner im Bann der Radikalisierung, 1992/93</b>	<b>431</b>
6.1.1	»Das Boot ist voll«. Die Republikaner, die Landtagswahl von Baden-Württemberg und der Asylkompromiss	431
6.1.2	Wie wird man rechtsextrem? Die Republikaner im Visier der Verfassungsschutzämter	451
6.1.3	»Kein Volk, kein Reich, kein Schönhuber!« Gesellschaftliche Polarisierung und politischer Protest	469
6.1.4	Talkshow-Demokratie? Die Republikaner und das Fernsehen	482
<b>6.2</b>	<b>Die Entmachtung Schönhubers im »Superwahljahr« 1994</b>	<b>489</b>
6.2.1	Erneuerung? Die Republikaner nach der Landtagswahl von Baden-Württemberg	489
6.2.2	Am rechten Rand. Radikalisierung und der Traum von der vereinten Rechten	498
6.2.3	Vom Kronprinzen zum Königsmörder: Rolf Schlierer und das Ende der Ära Schönhuber	511
<b>7</b>	<b>Epilog: Die Republikaner und die extreme Rechte in der Berliner Republik</b>	<b>520</b>
	<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>534</b>
	<b>Abbildungsverzeichnis</b>	<b>538</b>
	<b>Quellen- und Literaturverzeichnis</b>	<b>540</b>
	Quellen	540
	Literatur	551
	<b>Dank</b>	<b>597</b>
	<b>Anhang</b>	<b>600</b>
	<b>Personenregister</b>	<b>604</b>
	<b>Ortsregister</b>	<b>613</b>

*Meinem Opa Johann Härtl (1937 – 2022)*



# Einleitung: Kein Ende der Geschichte

## Thema und Forschungsstand

Das Jahr 1989 steht in der deutschen Geschichte in erster Linie für die friedliche Revolution in der DDR, die den Weg zur Wiedervereinigung bereitete. So bedeutend und unerwartet waren die Ereignisse, die ab dem Spätsommer ihren Lauf nahmen, dass die Geschichte der ersten Hälfte des Jahres 1989 leicht in Vergessenheit geraten kann. Dabei drohen Gegebenheiten aus dem Blickfeld zu verschwinden, die nicht nur die Zeitgenossen der alten Bundesrepublik umtrieben, sondern auch die Gegenwart bis heute prägen. Begonnen hatte das Jahr nämlich mit einer Überraschung, die nicht nur Politikern den Schweiß auf die Stirn trieb: In West-Berlin hatten bei den Wahlen am 29. Januar die zuvor hauptsächlich in Süddeutschland bekannten rechts-extremen Republikaner mit 7,5 Prozent der Stimmen den Einzug in das Abgeordnetenhaus geschafft. Seit den Erfolgen der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) Ende der 1960er Jahre hatte es eine ähnliche Situation in Westdeutschland nicht mehr gegeben. Es verwundert daher nicht, dass die Republikaner bis in den Sommer hinein den medialen Diskurs formten. Sei es in Zeitungen, im Fernsehen oder im Radio – seit dem Abend des 29. Januar waren die Partei und ihr Vorsitzender Franz Schönhuber in der Bonner Republik omnipräsent.

Entsetzen und Ratlosigkeit bestimmten die folgenden Monate. Unklar war nicht nur, woher diese Partei eigentlich kam, sondern auch, wer sie wählte und welche Gegenmaßnahmen zu ergreifen seien. Zahlreiche Studien und Bücher über die Republikaner entstanden in den folgenden Monaten und wurden in Windeseile publiziert.<sup>1</sup> Mal mehr, mal weniger sauber recherchiert, kamen sie alle zu demselben Ergebnis: Die Partei sei eine Gefahr für die Demokratie und müsse bekämpft werden. Nicht nur an der Frage, wie dies geschehen sollte, schieden sich die Geister. Auch bei den Antworten auf die Frage, warum eine Partei reüssieren konnte, die offen rassistische Positionen vertrat, herrschte kein Konsens. Lag es an der Modernisierung der Christlich Demokratischen Union (CDU) unter Helmut Kohl und Heiner Geißler?<sup>2</sup> Oder an der angeblich »rechten« Politik von CDU und Christlich-Sozialer Union (CSU), die den Aufstieg der Republikaner erst möglich gemacht

1 Vgl. Anm. 26 in diesem Kapitel.

2 Vgl. etwa Kohl, *Erinnerungen 1982-1990*, S. 528 f.; Strauß, *Erinnerungen*, S. 565 f.

habe?<sup>3</sup> Es kam zu hitzigen Debatten mit gegenseitigen Schuldzuweisungen, selbst das Schreckbild einer Wiederkehr von Weimar oder gar des Nationalsozialismus wurde an die Wand gemalt. Die Republikaner hatten für Aufbruch im vermeintlich »langweiligsten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts«<sup>4</sup> gesorgt.

Im Jahr des Mauerfalls schien es so kein »Ende der Geschichte«,<sup>5</sup> sondern ein Wiederaufleben der Großideologien zu geben. Karl Dietrich Bracher, der als Historiker die totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts maßgeblich erforscht hatte, verspürte gar einen »Hauch von Weimar«, als er auf den Wahlausgang in West-Berlin angesprochen wurde. Hier trete »der Nationalismus wieder in Erscheinung, den wir glaubten wirklich überwunden zu haben«.<sup>6</sup> Die Republikaner torpedierten demzufolge den Lernprozess, den die Bundesrepublik laut Bracher nach der nationalsozialistischen Diktatur und ihren Verbrechen vollzogen hatte. Das Selbstverständnis, aus der Vergangenheit gelernt zu haben, prägte angesichts des 40-jährigen Bestehens des westdeutschen Staates das Selbstbild vieler Zeitgenossen. Allzu leicht übersehen werden konnte dabei allerdings, dass die Geschichte der Bundesrepublik auch Schattenseiten hatte und trotz aller Bemühungen der Rechtsextremismus nie verschwunden war. Der Erfolg der Republikaner im Januar 1989 zeigte das überdeutlich, zumal es sich nicht um ein einmaliges Ereignis, ein kurzzeitiges Abkommen vom Pfad der Demokratie, handelte, sondern vielmehr um den Auftakt für weitere Wahlerfolge im selben Jahr im Deutschlandfunk auf kommunaler Ebene und bei den Europawahlen.

35 Jahre später scheint uns diese Geschichte näher zu sein als noch vor zehn Jahren – als zu etabliert erweisen sich der parteigebundene Rechtsextremismus und die damit verbundenen Debatten mittlerweile.<sup>7</sup> Umso erstaunlicher ist es, dass die Republikaner bis heute kein eigenständiger Gegenstand zeithistorischer Forschung waren, obwohl ihre Geschichte zugleich als Vorgeschichte der Alternative für Deutschland (AfD) verstanden werden kann. Das ist nicht zuletzt auf ein doppeltes Desinteresse in der Geschichtswissenschaft zurückzuführen: das Desinteresse an der Geschichte politischer Parteien und das Desinteresse an der Geschichte der extremen Rechten. Die Parteiengeschichtsschreibung kam nach ihrer Blüte in den 1980er und 1990er

3 So etwa Müller, Republikaner, der auf S. 39 schrieb: »Es ist der Bodensatz erz-reaktionärer, stramm rechter, nationaler Gesinnung in der Republik, der nicht selten durch die tatsächliche Politik und die Propagandarbeit der jetzigen Regierung gefördert wurde«.

4 Illies, Generation, S. 15 f.

5 Fukuyama, The End of History.

6 Deutschlandfunk, Informationen am Morgen, 1. 2. 1989, 6.45 Uhr.

7 Vgl. dazu auch Fischer, »Parteienkrise«, S. 78 f.

Jahren seit der Jahrtausendwende größtenteils zum Erliegen. Dabei dürften generationelle Faktoren und allgemeine Forschungstrends zusammengespielt und ineinandergedrungen haben: Zum einen traten im Laufe der 1990er Jahre mit Adolf M. Birke, Hans-Peter Schwarz, Rudolf Morsey oder Heinz Hürten die Nestoren der deutschen Parteiengeschichtsschreibung ab. Zum anderen verschob sich der Fokus der Politikgeschichte, die sich im Rahmen einer »Kulturgeschichte des Politischen« stärker an Themen wie Kommunikation, Partizipation und Repräsentation orientierte.<sup>8</sup> Damit richtete sich der Blick auf das organisatorische Vorfeld der Parteien und demokratische Prozesse. Insbesondere soziale Bewegungen waren »angesagt«, wie Nikolai Wehrs bemerkte. Parteiengeschichte galt im Gegensatz dazu als »bieder und angestaubt, ›alte‹ Politikgeschichte eben – zu ereignisgeschichtlich, zu personenfixiert, zu wenig methodisch reflektiert«.<sup>9</sup> Welche Triebkräfte hinter dieser Verschiebung der Forschungslandschaft steckten, ist eine offene Frage. Es ist zu vermuten, dass der nach 1990 weithin konstatierte Sieg der Demokratie den Blick auf jene Gegenstände lenkte, die als Voraussetzung für die »geglückte Demokratie«<sup>10</sup> der Bundesrepublik galten. Dazu gehörten nicht mehr Parteien, die weithin als Selbstverständlichkeit galten, sondern Akteure, denen man die »Umgründung der Republik«,<sup>11</sup> die Vollendung der westdeutschen Demokratie in den 1970er Jahren zuschrieb, allen voran die Studentenbewegung, die APO und die Neuen Sozialen Bewegungen. In dem Maße, in dem sich die Erosion der Volksparteien in der Bundesrepublik fortsetzte, die AfD an Zuspruch gewann und die »Krise der Demokratie« die Feuilletons eroberte, begann ab den 2010er Jahren auch ein neuer gesellschaftlicher Selbstverständigungsprozess über die Voraussetzungen einer funktionierenden Demokratie.<sup>12</sup> Parteien als Organisationen gerieten nun, wie auch Institutionen der Demokratie, wieder in den Fokus der Öffentlichkeit und der Wissenschaft, die neue, kulturgeschichtlich inspirierte Arbeiten vorlegte. Silke Mende<sup>13</sup> und Martina Steber<sup>14</sup> setzten dabei neue Standards, über die eine neue Parteiengeschichtsschreibung nicht hinwegsehen kann, deren Ambition es ist, Parteien

8 Unter vielen Studien vgl. etwa Kruke, Demoskopie; Biefang, Seite; Mergel, Propaganda; Schulz/Wirsching (Hrsg.), Kulturen. Den Wandel illustriert auch die neu aufgelegte Reihe »Parlament und Öffentlichkeit« der KGParl.

9 Wehrs, Rezension.

10 Wolfrum, Demokratie.

11 Görtemaker, Geschichte, S. 475.

12 Zur Debatte vgl. u. a. Wirsching/Kohler/Wilhelm (Hrsg.), Weimarer Verhältnisse?; Eichhorn, Krise; Sabrow, Auf dem Weg nach Weimar?; Mende, Krise.

13 Vgl. Mende, Geschichte.

14 Vgl. Steber, Hüter.

»im Kontext einer sich wirtschaftlich, sozial und kulturell wandelnden Gesellschaft [zu] verorten«. <sup>15</sup> Eine ganze Welle neuer Arbeiten folgte diesem Anspruch; zu nennen sind etwa jene von Thorsten Holzhauser oder Felix Lieb. <sup>16</sup>

Neue Studien zur Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), der Unionsparteien oder auch der Freien Demokratischen Partei (FDP) bleiben nichtsdestotrotz ein Desiderat, auch wenn sich etwa Dietmar Süß seit dem »seltsame[n] Sieg« der SPD bei der Bundestagswahl 2021 dem Thema annahm. <sup>17</sup> Vor allem CDU und CSU bilden wichtige Referenzpunkte dieser Arbeit, die sich hauptsächlich auf die 1980er und 1990er Jahre konzentriert. Dieser Zeitraum kann für die CSU als zu großen Teilen unerforscht gelten, <sup>18</sup> während Frank Bösch in seiner Gesamtdarstellung der CDU zumindest wichtige Aspekte der Schwesterpartei beleuchtete. <sup>19</sup> Zentrale, für diese Untersuchung bedeutende Debatten innerhalb von CDU und CSU, sei es die Asylpolitik <sup>20</sup> oder die »Lagertheorie«, <sup>21</sup> sind dennoch kaum oder gar nicht näher untersucht. Außen- und deutschlandpolitische Fragestellungen fanden demgegenüber deutlich mehr Beachtung, <sup>22</sup> ebenso wie Biografien zentraler Persönlichkeiten wie Kohl oder Strauß, die behelfsmäßig als Spiegel der Parteiengeschichte dienen können. <sup>23</sup>

Geradezu desaströs präsentiert sich hingegen der Forschungsstand zu rechten und rechtsextremen Parteien. <sup>24</sup> Weder NPD noch Deutsche Volks-

15 Deitmer, Tagungsbericht.

16 Vgl. Holzhauser, »Nachfolgepartei«; Lieb, Arbeit, sowie Holzhauser/Lieb (Hrsg.), Parteien.

17 Süß, Sieg. Nicht erwähnt sein sollen hier Studien, die politisch einseitig unter anderem die jüngere Geschichte von CDU und CSU in den Blick nehmen, wie Strobl, Konservatismus, oder Wolkenstein, Seite.

18 Ein knapper Überblick zur CSU ist zu finden bei Schlemmer, CSU. Sehr instruktiv mit Blick auf die Bundespolitik ist Stalman, Einleitung. Einen Forschungsüberblick bis 1976 bietet Schlemmer, Schwester. Zur Frühgeschichte der Partei vgl. Schlemmer, Aufbruch; ders., Innenansichten; Balcar/ders. (Hrsg.), Spitze. Stark politikwissenschaftlich arbeitend und die neuere Zeit in den Blick nehmend hingegen Mintzel CSU; ders., CSU-Hegemonie; Kießling, CSU; Müller, Machtverhältnisse; Weigl, CSU.

19 Vgl. Bösch, Macht. Vgl. darüber hinaus für die Zeit ab 1980 Schwarz (Hrsg.), Fraktion; Buchstab/Kleinmann, Einleitung (2012); dies., Einleitung (2014); Lammert (Hrsg.), Christlich Demokratische Union.

20 Vgl. bis jetzt u. a. Stickler, Integration; Tietze, Einwanderung.

21 Vgl. Wölbern, Heiner Geißler.

22 Vgl. Zimmer, Interesse; Potthoff (Hrsg.), »Koalition der Vernunft«; Oetzinger, Deutschlandpolitik.

23 Vgl. Schwarz, Kohl; Möller, Strauß; Siebenmorgen, Strauß.

24 Vgl. zum Forschungsstand allgemein Botsch, Impulse. Einen ersten Überblick zu Forschungen und Quellen bieten Rigoll/Haßler, Forschungen 1, sowie dies, Forschungen 2.

union (DVU) noch Republikaner – um die bedeutendsten Rechtsparteien der alten Bundesrepublik zu nennen – sind oder waren Gegenstand neuerer historischer Untersuchungen.<sup>25</sup> Der Gang der Auseinandersetzung verlief bei den drei Parteien sehr ähnlich. Beispielhaft lässt sich das bei den Republikanern zeigen: Nach ersten größeren Wahlerfolgen 1989 machten sich Journalisten, Politikwissenschaftler und Soziologen in einer ersten Phase daran, das Phänomen näher zu beleuchten.<sup>26</sup> Nicht wenige der daraus entstandenen Bücher folgten klaren politischen Zielsetzungen und wurden damit selbst Teil der politischen Auseinandersetzung. In einer zweiten Phase, die bei den Republikanern zum Zeitpunkt ihres Niedergangs um 1994 begann, vollzog sich einerseits ein Perspektivwechsel. Die Partei war nun Objekt einer von der Totalitarismustheorie inspirierten politikwissenschaftlichen Forschung. Diese erreichte ihren Höhepunkt zwischen 2000 und 2006, als mehrere vergleichende Studien zu als extremistisch eingeschätzten Parteien und dem Umgang der demokratischen Kräfte mit diesen erschienen.<sup>27</sup> Andererseits trieb fortan mehrere Autoren die Frage um, wie die parlamentarische Arbeit der Republikaner aussah und wie die demokratischen Parteien mit den »Extremisten« umgingen.<sup>28</sup>

Um 2005 ist im Zusammenhang mit der fortschreitenden zeitgeschichtlichen Forschung, die nun auch zunehmend die 1980er Jahre in den Blick nahm, eine erste Phase der Historisierung zu beobachten. Dabei dominierte die Sichtweise, der (parteigebundene) Rechtsextremismus könne als Randphänomen vernachlässigt werden;<sup>29</sup> daher waren die Republikaner bei Heinrich August Winkler, Hans-Ulrich Wehler oder Ulrich Herbert kein Thema.<sup>30</sup> Andere Akzente setzte bereits 2006 Andreas Wirsching, der dem Rechtsextremismus als einer der Schattenseiten der letzten Jahre der Bonner Republik breiten Raum bot und ihn in seiner gesamteuropäischen Dimension beleuchtete. Die Gründung der Republikaner interpretierte er als Folge der ausgebliebenen »Wende« der Regierung Kohl und der daraus resultierenden

25 An neueren Arbeiten zur NPD vgl. v. a. Botsch, *Demokratie*; ders., *Kontinuitäten*; ders./Kopke, *NPD*; Dubsclaff, *Deutschland*. Zur DVU vgl. zum Überblick Pfahl-Traugher, *Deutsche Volkunion*.

26 Vgl. u. a. Funke, *Republikaner*; Glotz, *Rechte*; Hennig, *Republikaner*; Hirsch/Metz, *Republikaner*; Hirsch/Sarkowicz, *Schönhuber*; Hirsch, *Rechts Repts Rechts*; Jaschke, »Republikaner«; Leggewie, *Republikaner*; Müller, *Republikaner*; Stiller, *Republikaner*; Stöss, »Republikaner«.

27 Vgl. Everts, *Extremismus*; Morgenstern, *Parteien*.

28 Vgl. Grünke, *Geheiligte Mittel*; Neubacher, *Republikaner*.

29 Vgl. Dietze, *Vernachlässigung*, S. 194 f.

30 Vgl. Winkler, *Weg*; Wehler, *Gesellschaftsgeschichte*; Herbert, *Geschichte*.



Desintegration der Wählerschaft am rechten Rand der Union.<sup>31</sup> Damit folgte er dominanten Narrativen der ersten Phase der Erforschung der Republikaner, wie sie insbesondere Richard Stöss und Claus Leggewie vertreten hatten.<sup>32</sup> Auch Eckart Conze schloss sich dieser Interpretation an, betonte aber deutlich stärker, dass es sich bei den Republikanern um ein Protestphänomen gehandelt habe, womit er die Parteigeschichte aber von allgemeinen Tendenzen und Entwicklungen der extremen Rechten löste.<sup>33</sup> Nebenbei sei angemerkt, dass sich die Protestgeschichte bis jetzt hauptsächlich mit sozialen und ökologischen Bewegungen auseinandergesetzt und Protest von rechts weitgehend ausgeblendet hat.<sup>34</sup>

Es wäre jedoch unhistorisch, vielen Autoren Blindheit auf dem rechten Auge vorzuwerfen oder ganz allgemein von einem Versagen der Geschichtswissenschaft zu sprechen. Die Historiografie über die Bundesrepublik ist selbst Teil ihrer Geschichte und weist daher spezifische *Sehepunkte* auf. Ein Vergleich der Gesamtdarstellungen zeigt deutlich, wie zeit- und standortgebunden die jeweiligen Interpretationen waren – auch im Hinblick auf die Geschichte der Republikaner. Sah Manfred Görtemaker noch 1999 unter dem Eindruck der Wiedervereinigung die Deutschlandpolitik der Bundesregierung als entscheidenden Faktor für den Aufstieg der Republikaner an, betonte Conze zehn Jahre später die Bedeutung der Ausländerpolitik.<sup>35</sup> Noch einmal wenige Jahre später gerieten die Republikaner und andere nationalistische Parteien als europäisches Phänomen in den Blick.<sup>36</sup> Die Erforschung der europäischen, internationalen und globalen Beziehungen der extremen Rechten stellt indes weiterhin ein Forschungsdesiderat dar.<sup>37</sup> Oft werden jedoch auch internationale Bezüge hergestellt, wo eigentlich keine vorhanden sind. Das lässt sich plastisch am Parteinamen der Republikaner zeigen, der keineswegs eine Anspielung auf die Republican Party in den USA war.<sup>38</sup>

31 Vgl. Wirsching, Abschied, S. 414 f.

32 Vgl. Stöss, »Republikaner«; Leggewie, Zwerge; ders., Republikaner sowie die überarbeitete Neuauflage 1990.

33 Vgl. Conze, Suche, S. 609 f.

34 Anders hingegen die von Bernhard Gotto und Sabine Mecking herausgegebene Sonderausgabe der Zeitschrift *Moving The Social* 66/2021. Vgl. zum Überblick Gassert, Gesellschaft, S. 237–271.

35 Vgl. Görtemaker, Geschichte, S. 736, 759; Conze, Suche, S. 609 f.

36 Vgl. Wirsching, Preis, S. 328–339; ders., Demokratie, S. 126–139; Jarausch, Asche, S. 689; Kershaw, Achterbahn, S. 486.

37 Vgl. als ersten Ansatz dazu Kahn, Influence.

38 Vgl. dazu Kap. .2.1.1.

Tatsächlich waren die Republikaner ein Produkt spezifisch westdeutscher Entwicklungen; die Partei profitierte aber von Trends, die in allen westlichen Industriegesellschaften vorzufinden waren. In erster Linie sind dabei die seit den 1970er Jahren zu beobachtende Deindustrialisierung sowie die Auflösung der traditionellen Wählermilieus zu nennen, die mit einer zunehmenden Individualisierung einherging.<sup>39</sup> Gleiches gilt für die sich beschleunigende Globalisierung und Europäisierung. Schon früh geriet daher der zeitgleiche Aufstieg von mehreren »Radical Right Wing Populist Parties« in den Fokus der Wissenschaft.<sup>40</sup> Von einer einheitlichen, rechtspopulistischen Ideologie kann dabei keine Rede sein – zu unterschiedlich waren Parteien wie der Front National (FN), der Vlaams Blok (VB), die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) oder die Republikaner. Lohnend ist hingegen ein Blick auf die sich verändernden ideologischen Strömungen der politischen Rechten, die den Unterbau der Parteien bildeten. Die Neue Rechte als Ideengeber für die Republikaner muss etwa »als transnationale, deutsch-französische Beziehungsgeschichte verstanden werden«.<sup>41</sup> Gleiches gilt für den Rassismus, der in der Rückschau als stärkstes verbindendes Element aller genannten Parteien erscheint. Es ist stark zu vermuten, dass dieser neben nationalen Ursachen auf einen transnationalen Wissenstransfer seit den 1970er Jahren zurückgeht, der bis jetzt aber unerforscht ist.

Andere transnationale Verflechtungen auf Ebene der Parteien blieben demgegenüber von untergeordneter Bedeutung. Die Republikaner registrierten zwar den Aufstieg von Parteien wie dem FN oder der FPÖ in ihren Nachbarländern und sahen sich davon ermutigt, doch gingen davon erst zeitverzögert ideologische und strategische Transferprozesse aus.<sup>42</sup> Die Republikaner unter Franz Schönhuber wollten nämlich eine als spezifisch deutsch verstandene Politik betreiben und sich damit etwa von der US-amerikanischen oder französischen Rechten abgrenzen. Erst Schönhubers Nachfolger Rolf Schlierer nahm sich explizit an der FPÖ unter Jörg Haider ein Vorbild und versuchte (vergeblich), seine eigene Partei in Anlehnung daran umzugestalten.<sup>43</sup>

39 Zum Begriff der Deindustrialisierung vgl. die klassische Studie von Bluestone/Harrison, *Deindustrialization*, sowie High, *Wounds and Strangleman, Deindustrialisation*. Vgl. auch das 2022 begonnene Forschungsprojekt »Confronting Decline« am IfZ, URL: <https://www.ifz-muenchen.de/aktuelles/themen/confronting-decline> [28. 4. 2024].

40 Betz, *Populism*, S. 3. Vgl. auch ders., *Rechtspopulismus*; ders., *Faces*; ders., *Parteien*; Mudde, *Ideology*.

41 Fischer, *Neue Rechte*, S. 117.

42 Zwar liegt mit Obszerninks, *Nachbarn*, ein Vergleich von Republikanern und FPÖ vor, allerdings bleibt dieser statisch und geht nicht auf Austauschprozesse ein.

43 Vgl. *Der Spiegel* v. 25. 12. 1994: »Hang zur Intrige«.

Umgekehrt hielt die FPÖ unter Haider zu den Republikanern stets größtmöglichen Abstand, um ihren staatstragenden Anspruch nicht zu beschädigen.<sup>44</sup>

Der Mangel an internationalen Studien lässt sich auch mit dem Fehlen nationaler Untersuchungen begründen, wenngleich die Geschichte der extremen Rechten in der Bundesrepublik und der DDR seit einigen Jahren verstärktes Forschungsinteresse erfährt. Das ist nicht zuletzt eine Folge der parlamentarischen Präsenz der AfD und zunehmender rechtsextremer Gewalttaten in der jüngsten Vergangenheit. »Zur rechten Zeit« nannten Norbert Frei, Franka Maubach, Christina Morina und Maik Tändler daher ihren 2019 vorgelegten Überblick zur Geschichte des Rechtsextremismus in Deutschland.<sup>45</sup> Das eher essayhaft angelegte Buch bündelt Forschungsergebnisse und bietet zur Geschichte der Republikaner keine grundlegenden neuen Erkenntnisse. Der Band muss wie der 2019 ins Leben gerufene Zeithistorische Arbeitskreis Extreme Rechte (ZAER) vielmehr als Aufforderung zur quellen-gestützten Beschäftigung mit dem Phänomen verstanden werden.<sup>46</sup> Das schlägt sich mittlerweile auch in neueren Gesamtdarstellungen nieder. Petra Weber gelang es etwa, die Republikaner in eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte zu integrieren.<sup>47</sup> Bei Frank Biess nehmen »[r]echte Ängste« zumindest epilogischen Charakter an, womit das Problem in seiner historischen Dimension jedoch kaum greifbar wird.<sup>48</sup>

Das Spektrum an Einzelprojekten, die aus dem jüngsten Boom der Rechts-extremismus-Forschung hervorgegangen sind, ist mittlerweile kaum mehr zu überblicken. Es reicht von Arbeiten zur Kultur, zur Ideologie und zu den Jugendorganisationen der extremen Rechten über Rechtsparteien bis hin zum Rechtsterrorismus.<sup>49</sup> Explizit verstehen sich viele dieser Arbeiten als

44 Vgl. Osterhoff, Euro-Rechte, S. 224.

45 Vgl. Frei u. a., Zeit.

46 Vgl. dazu die Website des ZAER (<https://zeitgeschichte-extreme-rechte.de>) sowie ZAER (Hrsg.), Zeitgeschichte.

47 Vgl. Weber, Getrennt, S. 946 f.

48 Vgl. Biess, Republik, S. 433-452.

49 Vgl. dazu die Einzelprojekte des vom ZZF und MMZ durchgeführten Forschungsprojekts »Die radikale Rechte in Deutschland, 1945-2000«. Weitere Forschungen zum Neonazismus und zum Rechtsterrorismus werden von Eric Angermann (Göttingen), Barbara Manthe (Bielefeld) und Paul Räuber (Rostock) betrieben. Den staatlichen Umgang mit der extremen Rechten untersucht Christoph Renner (Jena); zu nicht-staatlichen Perspektiven vgl. Gussone, Reden. Ein weiteres dynamisches Forschungsfeld stellt die Geschichte der Neuen Rechten dar, zu dem Cenk Akdoganbulut (Fribourg), Miriam Finkeldey (Hamburg) und Maik Tändler (Jena) arbeiten.

Beitrag zu einer Demokratiegeschichte.<sup>50</sup> Damit wird Grundlagenforschung zu einem Thema geleistet, das die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft – wie allgemein konstatiert wird – versäumt habe, angemessen in die eigene Forschung zu integrieren und arbeitsteilig den Politologen und Soziologen überlassen habe.<sup>51</sup> Das ist einer der Gründe, weshalb mit Gideon Botsch ein historisch arbeitender Politikwissenschaftler – und kein Historiker – die erste größere Gesamtdarstellung zur Geschichte der extremen Rechten in Deutschland seit 1949 vorgelegt hat, die zweifelsfrei bis heute als Standardwerk gelten kann.<sup>52</sup>

Dieses Urteil bedarf gleichwohl auch einiger Differenzierungen. Zwar stimmt es, dass die Geschichtswissenschaft ihren Fokus lange Zeit vor allem auf die extreme Rechte vor 1945 gerichtet hat und seit einigen Jahren den Blick auf personelle und ideelle Kontinuitäten ehemaliger Nationalsozialisten nach 1945 geweitet hat.<sup>53</sup> Es gab aber immer wieder Bemühungen und Plädoyers einzelner Forscher und Institutionen, Rechtsextremismus als zeit-historisches Phänomen ernst zu nehmen. Yves Müller wies vor allem auf frühe Arbeiten in den 1950er und 1960er Jahren hin, etwa Lutz Niethammers Studie zur NPD.<sup>54</sup> Müllers These, dass die Zeitgeschichtsforschung die Radikalisierung der extremen Rechten Anfang der 1980er Jahre »nicht zur Kenntnis« genommen habe, stimmt in dieser Pauschalität aber nicht. Am Institut für Zeitgeschichte (IfZ) machten sich gleich mehrere Historiker – unter ihnen mit Ino Arndt auch eine Frau – daran, das Thema in der Disziplin zu verankern. Bereits 1980 erschien ein von Wolfgang Benz herausgegebener Sammelband zum Thema »Rechtsradikalismus«, der ein breites Spektrum an Aufsätzen versammelte.<sup>55</sup> Für Wolfgang Benz,<sup>56</sup> Hermann Graml<sup>57</sup> und Jürgen Zarusky<sup>58</sup> wurde die Erforschung und Bekämpfung des Rechtsextremismus zu einem persönlichen Anliegen. Ihnen und anderen

50 Vgl. etwa die Aufsätze von Carola Dietze, Till Kössler und Franka Maubach in Schanetzky u. a. (Hrsg.), *Demokratisierung*.

51 Vgl. Müller, »Normalfall«; Dietze, Fleck, S. 191-195.

52 Vgl. Botsch, *Rechte*.

53 Zum Überblick vgl. Mentel/Weise, *Behörden*; Conze/Weinke, *Krisenhaftes Lernen?*; Wirsching, *Legacies*.

54 Vgl. Niethammer, *Faschismus*. Vgl. dazu auch Müller, »Faschistische Grundstruktur«.

55 Vgl. Benz (Hrsg.), *Rechtsradikalismus*. Der Band wurde bis 1994 viermal in aktualisierter und erweiterter Form neu aufgelegt, wobei auch der Titel wechselte.

56 Wolfgang Benz verfasste bereits 1966 einen Aufsatz zum Thema, vgl. Benz, *Diffamierung*.

57 Vgl. Graml, *Apologeten*.

58 Vgl. u. a. Zarusky, *Leugnung*.

Forschern wie Lutz Niethammer,<sup>59</sup> Detlev Peukert und Frank Bajohr<sup>60</sup> war es wichtig, ihre historische Kompetenz in zeitgenössische Debatten miteinzubringen.

Die Erforschung der extremen Rechten blieb indes nicht nur einzelnen engagierten Wissenschaftlern vorbehalten. Am IfZ wurde 1982 vergeblich versucht, ein eigenes Referat zum Rechtsextremismus zu etablieren.<sup>61</sup> Eine Institutionalisierung oder breitere Verankerung in der Forschungslandschaft gab es nicht. Über die Gründe hierfür gehen die Meinungen auseinander. Zum einen dürfte sicherlich der Quellenzugang eine Hürde für all diejenigen Historiker gewesen sein, die es gewohnt waren, mit Primärquellen zu arbeiten. Damit setzten sich viele Wissenschaftler unnötigerweise Scheuklappen auf, denn Quellen gibt und gab es mehr als genug, auch wenn sie schwieriger zu finden sind.<sup>62</sup> Ein weiterer Grund dürfte in der Konzentration der Zeitgeschichtsforschung auf den Nationalsozialismus liegen, der andere rechtsextreme Strömungen der Zwischenkriegszeit in seinen Schatten treten ließ. Gerade diese Strömungen waren es aber, die viele Akteure der extremen Rechten der Bundesrepublik wieder aufgriffen, um sich dem Verdacht des Neonazismus zu entziehen. Fundierte Erkenntnisse zur bundesdeutschen Neuen Rechten gibt es etwa erst seit Martina Stebers Konservatismus-Studie.<sup>63</sup>

Nicht zuletzt wird als Grund auch immer wieder angeführt, dass der Rechtsextremismus schlecht in eine Narratio gepasst habe, die die Historie der Bundesrepublik als »Erfolgsgeschichte« erzählt und damit deren Schattenseiten außer Acht gelassen habe.<sup>64</sup> Fest steht: Antisemitismus, Rassismus, rechte Gewalttaten und Wahlerfolge rechtsextremer Parteien gehörten von Beginn an zur Geschichte beider deutscher Teilstaaten. Während die in der angloamerikanischen Geschichtsschreibung zentralen Themen *class* und

59 Vgl. Niethammer, Faschismus.

60 Vgl. Peukert/Bajohr, Rechtsradikalismus.

61 IfZ-Archiv, ID 5/5, Ergebnisprotokoll der 26. Sitzung des Stiftungsrats der Stiftung zur wissenschaftlichen Erforschung der Zeitgeschichte, 23. 4. 1982. Zum Umgang des IfZ mit Anfragen aus dem rechtsradikalen Milieu in diesen Jahren findet sich auch Material im IfZ-Archiv, ID 131/62. Das Themenfeld IfZ und Rechtsextremismus wäre einen eigenen Beitrag wert. Vgl. zu einem Seitenblick Fischer/Schlemmer, Establishment.

62 Vgl. Manthe, Gewalt; Botsch, Impulse.

63 Vgl. Steber, Hüter.

64 Frei u. a., Zeit, S. 10. Das gilt freilich nicht für alle Historiker. Die Forderung, die »Meisterzählung von der »Erfolgsgeschichte« nicht weiterzuschreiben, fand sich etwa schon 2007 bei Wirsching, Zeitgeschichtsschreibung, S. 14. Vgl. zudem in diesem Kontext Rödder, Modell.

*gender* in Deutschland mittlerweile fest etabliert sind, gilt das für das Thema *race* nicht.<sup>65</sup> Erst seit kurzem beginnen sich die losen Enden der Migrationsgeschichte mit der Geschichte der extremen Rechten zu verknüpfen. Dies ist eine zentrale Voraussetzung dafür, eine Demokratiegeschichte zu schreiben, die auch das »hässliche Gesicht des neuen Deutschlands« in den Blick nimmt.<sup>66</sup> Diesen Anspruch verfolgt auch diese Studie.

## Untersuchungsfelder, Fragestellungen und Quellen

Im Mittelpunkt der Arbeit stehen insgesamt sechs Untersuchungsfelder sowie damit verbundene Zugriffe und Fragestellungen: An *erster* Stelle rangiert die Parteigeschichte der Republikaner von 1983 bis 1994, also von der Gründung bis zur Ablösung Schönhubers als Vorsitzender. Ziel ist keine klassische Organisationsgeschichte, für die auch geeignete Quellen fehlen, sondern ein multiperspektivischer Blick auf die Partei. Im Zentrum stehen einerseits ideengeschichtliche und von der »Kulturgeschichte des Politischen«<sup>67</sup> inspirierte Themenfelder wie Ideen und Ideologie, politische Strömungen, Sprache und Symbole. Fragen nach Radikalisierung und Deradikalisierung finden darin ebenso Berücksichtigung wie das Thema *Gender*, denn im Vergleich zu anderen nationalistischen Parteien spielten Frauen bei den Republikanern schon früh eine bedeutende Rolle, auch wenn die Republikaner männerdominiert blieben.<sup>68</sup> Andererseits wird nach Strategien, Themenstellungen und Akteuren ebenso gefragt wie nach Bedingungen und Gründen für Wahlerfolge und -niederlagen.

Die Parteigeschichte wird dabei *zweitens* in mehrfacher Hinsicht in die Geschichte der Bundesrepublik und – wo nötig und sinnvoll – in die Geschichte Europas seit 1969 eingebettet, um »langfristig und kurzfristig wirkende[ ] Ursachen« für Gründung, Aufstieg und Niedergang der Republikaner ermitteln zu können.<sup>69</sup> Aus der Geschichte Westdeutschlands seit Beginn der sozialliberalen Koalition mit ihren Umbrüchen, Transformationen und Beharrungskräften treten dabei *drittens* zwei spezielle Untersuchungs-

65 Vgl. Brückweh/Steber, *Zeiten*; Biess/Eckert, *Introduction*, S. 9.

66 Herbert, *Ausländer – Asyl – Pogrome. Zur Geschichte des Rassismus in Deutschland nach 1945* vgl. v. a. Alexopoulou, *Deutschland*; dies., *Racism*; dies., *Rassismus*; Vukadinović (Hrsg.), *Rassismus*.

67 Zum Konzept und der Debatte darüber vgl. Mergel, *Überlegungen*; ders., *Kulturgeschichte*; Landwehr, *Diskurs*; Nicklas, *Macht*; Rödder, *Kleider*.

68 Zur Rolle und Bedeutung von Frauen in der NPD vgl. Dubslaff, *Deutschland*.

69 Diese Formulierung findet sich bei Kocka, *Ursachen*, S. 3.

felder hervor: Zum einen die Geschichte der deutschen Rechten seit der Niederlage der NPD bei der Bundestagswahl und zum anderen die Transformationen des Konservatismus in den 1970er Jahren, die jeweils konstitutiv für das spätere Verhältnis von Konservatismus, Neuer Rechter und völkischem Nationalismus waren.<sup>70</sup> Fragen nach Radikalisierungsprozessen, dem Verhältnis von Bewegung und Parteien, Strömungen und Strategien sowie der Bedeutung einzelner Akteure stehen hier im Vordergrund. Nur so ist zu erklären, wie sich die Republikaner im Spannungs- und Übergangsfeld von Konservatismus, Neuer Rechter und völkischem Nationalismus bewegen und behaupten konnten.

Der Aufstieg der Republikaner ließ viele Zeitgenossen ratlos zurück. Ob in Sitzungen der Parteivorstände von SPD oder CDU, im Bundesinnenministerium, in Zeitungen, im Fernsehen oder am Küchentisch: Viele Menschen fragten sich, worin der Erfolg dieser Partei begründet war. Demoskopen, Soziologen und Politologen nahmen sich daher rasch der Sache an und versuchten mit Expertenwissen für Klarheit zu sorgen. Ihre Ergebnisse beruhten dabei auf spezifischen Vorannahmen und Methoden, waren also selbst Kind ihrer Zeit. Ihre Deutungen führten recht bald zu dominanten Narrativen, die sich auf die Praxis des Umgangs mit der Partei, aber auch umgekehrt auf das Handeln der Republikaner selbst auswirkten. Gerade hier zeigen sich die besonderen Probleme einer zeitnahen Untersuchung: der Einfluss sozial- und politikwissenschaftlicher Diagnosen auf die untersuchte Zeit selbst wie auch auf den Standort des Historikers, sofern man davon ausgeht, dass die Epoche »nach dem Boom« noch nicht abgeschlossen ist.<sup>71</sup> »Quelle, Darstellung und Theorie« fallen unmittelbar zusammen, sodass man sich oft mehr auf die »Suche nach der Gegenwart« denn auf die Suche nach der Vergangenheit begibt.<sup>72</sup> In den 2010er Jahren entwickelte sich darum eine Debatte, wie eine Zeitgeschichte, die sich in Anlehnung an Hans Günter Hockerts als »Problemgeschichte der Gegenwart«<sup>73</sup> versteht, mit sozialwissenschaftlicher Forschung umgehen soll.<sup>74</sup> Dabei hat sich zunehmend der Konsens herausgebildet, dass die Zeitgeschichte sozialwissenschaftliche Zeitdiagnosen historisieren und ihre Urteile dekonstru-

70 Vgl. dazu v. a. Steber, Hüter.

71 Vgl. Doering-Manteuffel/Raphael, Boom, S. 75. Zur Ausbreitung der Sozialwissenschaften und der Entstehung der modernen Wissensgesellschaft vgl. v. a. Raphael, Verwissenschaftlichung; Szöllösi-Janze, Wissensgesellschaft.

72 Geyer, Suche, S. 646.

73 Doering-Manteuffel/Raphael, Boom, S. 25. Grundlegend dazu Hockerts, Zeitgeschichte.

74 Zur Debatte vgl. Graf/Priemel, Zeitgeschichte; Dietz/Neumaier, Nutzen; Pleinen/Raphael, Zeithistoriker; Ziemann, Sozialgeschichte; Rödder, Wertewandel.

ieren muss.<sup>75</sup> Aufgabe der Arbeit wird es deshalb in einem *vierten* Themenfeld sein, mit einem diskurs- und wissensgeschichtlich inspirierten Zugriff die Forschung zu historisieren. Das soll durch einen sozialgeschichtlichen Ansatz flankiert werden, der in einem *fünften* Untersuchungsfeld einen neuen Blick auf Wähler und Mitglieder der Republikaner wirft und Theorien wie die von den »Modernisierungsverlierern« hinterfragt.<sup>76</sup> In einem *sechsten* Themenfeld dominiert ein demokratiegeschichtlicher Zugriff, mit dem es nicht nur die Stellung der Republikaner und deren Verhältnis zur bundesdeutschen Demokratie zu analysieren gilt, sondern vor allem auch den Umgang von Staat, Parteien und Zivilgesellschaft mit der Rechtspartei. Ein Seitenblick wird dabei auch der DDR zuteil, welche die Republikaner 1989 als propagandistisches Vehikel gegen den westdeutschen Staat in Stellung brachte.

Der Aufbau der Arbeit orientiert sich grundsätzlich an der Chronologie, wird aber regelmäßig durch systematische Kapitel durchbrochen. Das erste und zweite Kapitel der Untersuchung widmen sich der langen Vorgeschichte der Republikaner, der Parteigründung und der bis 1985 erfolgten Radikalisierung. Die bisher kaum bzw. gar nicht erforschten Biografien von Franz Schönhuber und Franz Handlos dienen dabei in einem akteurszentrierten Zugriff als Sonde, um politische wie kulturelle Veränderungen in der Bundesrepublik offenzulegen.<sup>77</sup> In ihren Biografien spiegeln sich – so die These – mehr als nur die persönlichen Faktoren, die zur Gründung der Republikaner führten. Bei Schönhuber wird dabei auch die Radikalisierung eines ursprünglich »liberal-konservativen« Mannes nachgezeichnet, der sich 1982 im »Deutschlandrat«<sup>78</sup> zu den Protagonisten der Neuen Rechten gesellte und seine freundschaftlichen Kontakte nach Gründung der Republikaner immer wieder strategisch einsetzte.

Die Kapitel drei und vier der Arbeit werden von den Landtagswahl in Bayern 1986 sowie den Wahlerfolgen in West-Berlin und bei den Europawahlen 1989 gerahmt. Die Trias von »Aufbruch, Krise« und »Erneuerung«<sup>79</sup> prägten die Partei, die im letzten Jahr der Bonner Republik deren lange Zeit verdrängte Anfechtung von rechts wieder akut werden ließ. Die letzten beiden

75 Vgl. Doering-Manteuffel/Raphael, Boom, S. 76.

76 Vgl. Ulbricht, Forschungsnotiz.

77 Zur Biografie von Franz Schönhuber findet sich in den meisten der in Anm. 26 genannten Studien ein kurzer Abriss. Unkritisch und von einer teilweise irritierend anmutenden Sympathie für Schönhuber liest sich hingegen Backes, Porträt. Vgl. zudem für einen neuen kritischen Überblick Wilke, Schönhuber.

78 Zum »Deutschlandrat« sowie dessen Vor- und Nachgeschichte vgl. Fischer, Neue Rechte.

79 So der Titel von Schlemmer, Aufbruch in Bezug auf die Frühgeschichte der CSU.



Kapitel nehmen die Geschichte der Republikaner seit der »Wende« in den Blick, von der die Partei entgegen mancher Erwartungen nicht profitieren konnten, obwohl die Wiedervereinigung unter nationalneutralistischen Auspizien seit 1983 zum Kern ihres Programmes gehört hat. Dagegen entwickelte sich die Ausländer- und Asylpolitik, welche die Partei 1984 als fruchtbares Kampagnenfeld entdeckt hatte, erneut und mit aller Vehemenz zu *dem* Thema der Republikaner, das ihnen 1992 mit dem Einzug in den baden-württembergischen Landtag zu einem retardierenden Moment verhalf. Zum Höhepunkt der von den Republikanern befeuerten »Asylkampagne« erreichte die Gewalt gegen Migranten in der Bundesrepublik dabei ihren Gipfel. Das Jahr 1992 wurde damit auch zum Jahr der gezielten staatlichen und zivilgesellschaftlichen Bekämpfung der Republikaner: Die Partei geriet offiziell in den Blick der Verfassungsschutzämter; Proteste und Polarisierung nahmen zu. Das setzte die Partei unter enormen Druck, dem Schönhuber nicht standhielt. 1994 zog er sich aus der Partei zurück, womit der langsame, aber sichere Niedergang der Republikaner besiegelt war. Die Republikaner bestanden auch nach Schönhuber unter ihrem neuen Vorsitzenden Schlierer weiter. Wichtiger als das Fortleben der Parteistrukturen waren aber Themen, Strategien, Konzepte und personelle Verbindungen, die teilweise bis heute nachwirken und in einem Epilog beleuchtet werden sollen.

Die Arbeit greift zur Beantwortung der aufgeworfenen Fragen auf ein breites Spektrum an Quellen zurück. Als ein wahrer Glücksfall für die historische Forschung hat sich der im Bayerischen Hauptstaatsarchiv verwahrte Nachlass von Franz Schönhuber erwiesen, der den wichtigsten Quellenbestand dieser Studie darstellt. Dieser einmalige Fundus zur mit Abstand wichtigsten Persönlichkeit der Partei, der persönliche Dokumente, private Briefe, journalistische Arbeiten, Buchmanuskripte sowie zahlreiche Quellen zum Innenleben der Republikaner wie Strategiepapiere und Sitzungsunterlagen beinhaltet, wurde erstmals umfassend ausgewertet. Der Nachlass kam nach dem Tod von Franz Schönhuber im Jahr 2005 über seine Witwe Ingrid in das Archiv, wobei quellenkritisch angemerkt werden muss, dass er teilweise lückenhaft ist; von einer »Säuberung« der Akten ist aber nicht auszugehen. Darüber hinaus wurden alle Archive der politischen Parteien von den Grünen bis CSU systematisch nach Unterlagen mit Verbindungen zu den Republikanern durchsucht, um Einschätzungen und Strategien im Umgang mit der Partei zu eruieren. Der Aktenzugang war größtenteils uneingeschränkt möglich – von Ausnahmen abgesehen. Mit Problemen behaftet war etwa die Einsichtnahme in die Unterlagen des Präsidiums und des Vorstands der CSU, die einer 40-jährigen Schutzfrist unterliegen und damit für die gesamte Untersuchungszeit nicht ausgewertet werden konnten. Die Re-

cherchen zu den Strategien der CSU basieren daher größtenteils auf überlieferten Sachakten und Presseberichten sowie den Handakten von Theo Waigel, dem für die Einsichtnahmegenehmigung herzlich gedankt sei.

Ein weiterer Schwerpunkt galt der staatlichen Überlieferung der Bundesrepublik und der DDR. Hier wurden einerseits die Akten des Bundesinnenministeriums, des Auswärtigen Amts und des Bundestags ausgewertet, die zusammen mit Materialien aus der CDU die Strategien im Umgang mit den Republikanern plastisch werden lassen. Gleiches gilt für die Akten des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, die mittlerweile Teil des Bundesarchivs sind. Daraus lässt sich die kontinuierliche Überwachung der Republikaner seit 1983 bis zur Erosion staatlicher Strukturen der DDR im Jahr 1990 verfolgen.

Große Bedeutung kam daneben bereits veröffentlichten Quellen zu – insbesondere Fraktionsprotokollen, Berichten von Helmut Kohl im CDU-Vorstand und Dokumenten aus den Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD). Gleichmaßen wichtig waren neben zeitgenössischen Parteiprogrammen eine Reihe von Zeitschriften und Zeitungen. Hierfür wurden die *Süddeutsche Zeitung* (SZ), die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), der *Spiegel*, die *Zeit* sowie die *taz* ebenso systematisch ausgewertet wie die Parteizeitung der Republikaner, *Criticón*, die *Deutschen Monatshefte*, die *Deutsche Rundschau*, die *Deutsche Wochen-Zeitung*, *Deutschland in Geschichte und Gegenwart*, das *Deutschland-Magazin*, *Europa vorn*, das *Freie Forum*, die *Junge Freiheit*, *Nation Europa* und die *Nationalzeitung*. Damit wurden Presseerzeugnisse in die Untersuchung miteinbezogen, die politisch vom linken bis zum äußersten rechten Rand des Spektrums reichen. Zusätzlich wurden punktuell Regional- und Lokalzeitungen sowie ausländische Zeitungen konsultiert. Hinzu kamen die zahlreichen autobiografisch geprägten Schriften von Akteuren der extremen Rechten, insbesondere von Franz Schönhuber selbst. Neben diesen Publikumsmedien stand auch sozialwissenschaftliche und juristische Literatur im Fokus der Recherchen, um den zeitgenössischen Diskurs über die Republikaner abbilden zu können. Neben gedruckten Quellen berücksichtigt die Arbeit auch Radio- und vor allem Fernsehbeiträge, die im Laufe der 1980er Jahre mit dem einhergehenden Wandel der westdeutschen Medienöffentlichkeit von immer größerer Bedeutung waren.

## Die schwierige Suche nach Begriffen

Wie lässt sich die Politik der Republikaner adäquat beschreiben? Diese Frage beschäftigt nicht nur Historiker der Gegenwart, sondern bereitete bereits den Zeitgenossen Franz Schönhubers Kopfzerbrechen. Wie diese Studie zeigen wird, operierten viele Akteure der 1980er und 1990er Jahre mit Adjektiven wie rechtspopulistisch, neurechts, rechtsradikal, rechtsextrem, neonazistisch oder auch faschistisch. So unterschiedlich die Bedeutung all jener Worte ist, so sehr eint sie doch das Grundwort rechts, beziehungsweise die Bezugnahme auf die politische Rechte. Das entsprach auch der Eigenbeschreibung der Republikaner, die sich des Öfteren als rechte Partei bezeichneten. Doch was bedeutet rechts, und was eint die politische Rechte? Besonders in Deutschland ist diese Frage hart umkämpft, ist doch kaum ein politischer Begriff durch die Geschichte des Nationalsozialismus so negativ besetzt wie dieser. Gerade deswegen nutzen ihn gerne linke Akteure zur Diffamierung politischer Gegner. Das unterscheidet Deutschland von Frankreich, wo die Unterscheidung von *Gauche* und *Droite* mehr als üblich ist.<sup>80</sup> So schwierig es auch ist, mit einem in der Alltagssprache kontaminierten Wort eine wissenschaftliche Analyse zu betreiben, so wichtig ist es doch, sich begrifflich auf festem Terrain zu bewegen. Als hilfreich erweisen sich hier vor allem die Überlegungen des italienischen Rechtsphilosophen Norberto Bobbio, der die politische Sphäre anhand der Vorstellungen von Gleichheit und Freiheit in eine linke und eine rechte Hälfte aufgeteilt hat. Demzufolge sind die Rechten diejenigen, die ausgehend von tatsächlichen Ungleichheiten unter den Menschen »dem größere Bedeutung beimessen, was die Menschen ungleich statt gleich macht«.<sup>81</sup> Die »Ordnungen der Ungleichheit« sind der Kern der politischen Rechten.<sup>82</sup>

Der Unterschied »zwischen dem gemäßigten und dem extremistischen Flügel« der Rechten ergibt sich infolgedessen aus der »unterschiedliche[n] Haltung hinsichtlich der Freiheit«.<sup>83</sup> Vertreter der rechten Mitte, in der die Konservativen beheimatet sind, betonen daher in modernen Demokratien des 20. und 21. Jahrhunderts insbesondere die »Gleichheit vor dem Gesetz«, während die extreme Rechte eine Totalisierung von Ungleichheit betreibt, die unter anderem anhand vermeintlich rassischer Grenzen verlief.<sup>84</sup> Diese

80 Vgl. etwa Sirinelli (Hrsg.), *Histoire; Rémond, Les droites*.

81 Bobbio, *Rechts*, S. 74.

82 Breuer, *Ordnungen*.

83 Bobbio, *Rechts*, S. 80 f.

84 Ebd., S. 81.

Meinung vertritt in einer spezifischeren Variante Hans-Gerd Jaschke, der Rechtsextremismus als »Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht« versteht,

»die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklarationen ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen.«<sup>85</sup>

Was Links- und Rechtsextremismus damit verbindet, ist ihre Haltung zur Freiheit und damit auch ihre Ideologisierung; das wirkt sich auch auf den Umgang mit politischen Gegnern aus.<sup>86</sup> Wie Andreas Wirsching mit einem von der Totalitarismustheorie inspirierten Zugang gezeigt hat, liegt vor allem im »Primärphänomen« des Totalitären«, der »ideologischen Verabsolutierung eines politischen *Freund-Feind-Gegensatzes*« ein verbindendes Element aller Extremismen.<sup>87</sup> Folge ist eine »radikale Dichotomisierung der Gesellschaft«, in der hinter »dem verfassungsmäßig zustande gekommenen politischen Willen [...] ein anderes, ein *wahres, eigentliches* und in sich einiges Volk« postuliert wird.<sup>88</sup>

Der Vorteil an diesen Überlegungen ist, dass sie ebenso anschlussfähig an ältere Forschungen zur politischen Rechten im Kaiserreich und der Weimarer Republik wie auch zu neueren Forschungen zum Konservatismus und der Neuen Rechten in der Bundesrepublik sind. Letztere repräsentiert vor allem Martina Steber, die den westdeutschen und britischen Konservatismus in Anlehnung an Michael Freedens Strukturprinzipien des Konservatismus untersucht hat. Dazu gehören die gleiche Gewichtung der drei Zeitdimensionen (Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft), das Streben nach Ausgleich und Synthese sowie die Prinzipien des Bewahrens und der Gegensatzbildung.<sup>89</sup> Wie Steber zeigte, begann sich der Konservatismus in den 1970er Jahren in Westdeutschland zu liberalisieren, sodass sich die Liberal-konservativen als neuer Mainstream des Konservatismus etablierten. Die

85 Jaschke, Rechtsextremismus. S. 30.

86 Vgl. auch Breuer, Rechte, S. 7f.

87 Wirsching, Weltkrieg, S. 8. Hervorhebung im Original.

88 Ders., Antipluralismus, S. 10. Hervorhebung im Original.

89 Vgl. Steber, Hüter, S. 9 f.

Neue Rechte zeichnete demgegenüber »das ständige Ringen um und mit« dieser Art des Konservatismus aus.<sup>90</sup> Sie verstand sich in Tradition der Weimarer Rechten explizit als antiliberal und rechts, lehnte die genannten Strukturprinzipien ab und bezog deshalb bewusst gegen den Liberalismus und Liberalkonservatismus der Bundesrepublik Stellung.<sup>91</sup> Mit diesem eigentlich alten und nicht neuen Denken begaben sich nicht wenige Akteure der Neuen Rechten an die Grenze zum völkischen Nationalismus, der seinen Ausgangspunkt im Kaiserreich hatte.<sup>92</sup> Was die Völkischen auszeichnete, war nach Stefan Breuer nicht nur eine »zwiespältige Haltung gegenüber der Moderne«, die sich bei den Republikanern wiederfand, sondern auch der Vorrang von Volk und Nation vor der Rasse.<sup>93</sup> Das machte diese Ideologie für Akteure der extremen Rechten in der Bundesrepublik attraktiv, die mit der Idee des Ethnopluralismus unmittelbar an die völkische Bewegung anknüpfen konnten.<sup>94</sup> Politiker der Republikaner sprachen ebenso selten vom Vorrang einer Rasse, sondern betonten: »Andere Völker achten wir, unser Volk aber lieben wir.«<sup>95</sup> Im Folgenden wird der Begriff Rassismus dennoch Verwendung finden, weil er in einer weiter gefassten, alltagssprachlichen Verwendung die Abwertung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder äußerer Merkmale am adäquatesten beschreibt.<sup>96</sup>

Die Republikaner werden in dieser Studie daher als eine Rechtspartei verstanden, die sich inhaltlich zwischen Konservatismus, Neuer Rechten und völkischem Nationalismus bewegte und sich im Zuge einer ständigen Radikalisierung immer stärker als Partei des völkischen Nationalismus präsentierte und damit extremistisch wurde. Mit einer solch breiten Definition umgeht man mehrere, letztlich wenig ergiebige Diskussionen innerhalb der Politikwissenschaften, die sich um den Begriff des Rechtsextremismus drehen. Das betrifft zum einen die Frage, welche Merkmale den Rechtsextremismus auszeichnen. Nach der Definition von Armin Pfahl-Traughber gehören dazu: Nationalismus, Autoritarismus, das antipluralistische Konzept eines ethnisch homogenen Volkes, damit einhergehend Rassismus bzw. Antisemitismus sowie vor allem in Deutschland die verharmlosende und im Extrem-

90 Fischer, *Neue Rechte*, S. 115.

91 Vgl. dazu ebd., S. 114-118.

92 Zum Begriff des völkischen Nationalismus vgl. Breuer, *Völkischen*, sowie die entsprechenden Kapitel in ders., *Rechte* (2021).

93 Ders., *Völkischen*, S. 9-11.

94 Vgl. ebd., S. 8.

95 *Republikanischer Anzeiger* v. 15. 10. 1984: »Deutschlands Chance« (Franz Schönhuber).

96 Vgl. zum Begriff des Rassismus und der Rasse im Kontext der Debatte um eine Grundgesetzänderung Günther, *Rassebegriff*.

fall revisionistische Sichtweise auf den historischen Nationalsozialismus.<sup>97</sup> Andere Forscher haben dem widersprochen und setzten andere Schwerpunkte.<sup>98</sup> In letzter Zeit hat sich auch die Geschichtswissenschaft mit diesen Definitionsangeboten beschäftigt und sich insbesondere auf den Nationalismus konzentriert. Dominik Rigoll und Yves Müller schlagen vor, die Geschichte des Rechtsextremismus als die Geschichte des »politischen Nationalismus« zu begreifen und den »politische[n] Nationalismus im 20. Jahrhundert zu einer vierten politischen Hauptströmung neben dem politischen Liberalismus, Sozialismus und Konservatismus« zu erheben.<sup>99</sup> Zwar steht außer Frage, dass alle Rechtsextremisten zugleich Nationalisten sind, oder besser gesagt, »der Nationalstaat der gegebene Ansatzpunkt für eine Politik der Ungleichheit« ist.<sup>100</sup> Umgekehrt sind aber nicht alle Nationalisten auch Rechtsextremisten oder generell »rechts«, wie etwa die Geschichte des Sozialismus oder des Liberalismus zeigt. Eine von Rigoll und Müller geforderte »Zeitgeschichte des Nationalismus«<sup>101</sup> müsste folglich viel breiter ansetzen und im Sinne Michael Freedens Nationalismen als »distinct thin-centred ideologies« verstehen, die als »embellishments of, and sustainers of, the features of their host ideologies« fungieren.<sup>102</sup> Das heißt nicht, dass eine neuere Nationalismusforschung, die Brüche und Kontinuitäten seit dem 19. Jahrhundert in den Blick nimmt, nicht vonnöten wäre; die Erforschung des Rechtsextremismus geht aber nicht in einer Geschichte des Nationalismus auf.

Mit der hier vorgestellten Definition entgeht man der Gefahr, zu nah an der Definition der deutschen Extremismusforschung in Tradition der Totalitarismustheorie zu argumentieren, für die vor allem Uwe Backes und Eckhard Jesse stehen. Diese generische Extremismusforschung hatte – wie gezeigt werden wird – bedeutenden Einfluss auf das Agieren der deutschen Behörden, die unter Extremismus das Gegenteil der Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung (FDGO) verstehen. Nach Backes und Jesse soll der »Begriff des politischen Extremismus [...] als Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen fungieren, die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner funda-

97 Vgl. Pfahl-Traugher, *Rechtsextremismus*, S. 18-22; ders., *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*, S. 14-18.

98 Vgl. dazu Virchow, »*Rechtsextremismus*«, S. 10, der einen Überblick über die verschiedenen Definitionen gibt.

99 Rigoll/Müller, *Zeitgeschichte*, S. 324. Vgl. auch Rigoll/Haßler, *Forschungen* 1, S. 571-573, sowie dies., *Forschungen* 2, S. 491 f.

100 Breuer, *Rechte*, S. 11 f.

101 Rigoll/Müller, *Zeitgeschichte*.

102 Freedom, *Nationalism*, S. 748.